

13/1994 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

CDU und CSU koordinieren den gemeinsamen Wahlkampf

CDU und CSU haben auf einer gemeinsamen Präsidiumssitzung am 13. April die Strategien für das Wahljahr '94 festgelegt. Vor der Bonner Presse erklärte dazu Generalsekretär Peter Hintze:

Die Wahlkämpfe dieses Jahres werden die beiden Unionsparteien Schulter an Schulter bestreiten. Das Gesprächsklima war freundschaftlich und von großem Problembewußtsein gekennzeichnet. Wir erkennen die große Herausforderung, vor der wir stehen, und wir sind zuversichtlich, daß wir sie gut bewältigen werden.

Hauptgegner im Wahlkampf sind die Sozialdemokraten. Wir werden sie bei den konkreten Themen stellen, damit die Bürger wissen, was ihnen bei einer SPD-beherrschten Regierung drohen würde.

Scharping als politischer Drückeberger

Der SPD-Kandidat Scharping erweist sich zusehends als politischer Drückeberger. Davon kann sich ja die Bevölkerung derzeitig ein gutes Bild machen.

CDU und CSU haben zwei Kommissionen eingesetzt. Die eine wird das Regierungsprogramm für die nächste Wahlperiode — die Jahre '94 bis '98 — vorbereiten, und die zweite wird den Wahlkampf der beiden Schwesterparteien koordinieren.

Insgesamt sind wir zuversichtlich, daß wir bei den Europawahlen, bei den Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl mit einem guten Unionsergebnis abschneiden. ■

Auf nach Aachen!

Buntes Markttreiben mit Marktbes chickern aus der EUREGIO und den grenznahen Regionen, historische Handwerkskunst, landestypische Spezialitäten, Chöre und Folkloregruppen, Talk-Shows und viel Information erwarten die Besucher des Europatags der

**CDU am 7. Mai
in Aachen-
Katschhof.**

**Kommen Sie zum
Europawahl-
kampf-Auftakt mit
Helmut Kohl!**

(Programmablauf: Seite 2)

Samstag, 7. Mai 1994

Europatag '94

Aachen-Katschhof

10 bis 14 Uhr

Europäischer Jahrmarkt

11 bis 14 Uhr

Politik und Information

14 bis 16 Uhr

Europakundgebung

Peter Hintze

Generalsekretär der CDU Deutschlands

Prof. Dr. Günter Rinsche

Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Vorsitzender der CDU Deutschlands



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

Beschäftigungsförderungsgesetz 1994

Beitrag für mehr Beschäftigung

Am 14. April 1994 hat der Deutsche Bundestag das „Beschäftigungsförderungsgesetz 1994“ verabschiedet. Mit diesem Gesetz werden viele der kurzfristig wirksamen arbeitsmarktpolitischen Forderungen des Beschlusses „Für Wachstum und Beschäftigung“ des 5. Parteitages der CDU in Hamburg umgesetzt.

Die Arbeitsförderung wird in ihrer Funktionsfähigkeit gestärkt. Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit werden dennoch beachtet. Die jetzt beschlossenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen flankieren den einsetzenden Wachstumsprozeß und werden so zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt beitragen.

Hier die wesentlichen Inhalte, weitgehend im offiziellen Wortlaut:

■ Private Arbeitsvermittlung

Die private gewerbliche Arbeitsvermittlung wird im gesamten Bundesgebiet zugelassen. Daraus ergeben sich folgende Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes:

- Ausnahme der Arbeitsvermittlung aus der ausschließlichen Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit (BA) nach § 4 AFG.
- Rechtsanspruch auf Erteilung einer Erlaubnis, wenn Zuverlässigkeit, Eignung, geordnete Vermögensverhältnisse und angemessene Geschäftsräume beim Vermittler vorliegen.
- Erlaubniserteilung erfolgt durch Bundesanstalt. Beibehalten wird die organisatorische Trennung von Erlaubniserteilung und Arbeitsvermittlung durch die BA.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung erhält ein Weisungsrecht im Bereich der gewerblichen Arbeitsvermittlung.

- Beibehaltung des Grundsatzes, demnach für die Vermittlung Vergütungen nur vom Arbeitgeber verlangt oder entgegenommen werden dürfen.

Das bedeutet für Arbeitgeber und Arbeitnehmer neue, zusätzliche Chancen, schnell zueinander zu finden. Der Schutz des Arbeitsuchenden wird dabei gewahrt: Er braucht einerseits für diese zusätzliche

Wahlkampf-Argumente



private Arbeitsvermittlung nichts zu bezahlen, andererseits bleibt das kostenlose Vermittlungsangebot der Bundesanstalt für Arbeit bestehen.

■ Gezielter Einsatz von Lohnzuschüssen

- Der jeweilige prozentuale Zuschuß für arbeitsmarktpolitisch geförderte Beschäftigungsverhältnisse (ABM) wird nicht mehr nach einem tariflichen bzw. ortsüblichen Arbeitsentgelt, sondern nach einem berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelt bemessen. Berücksichtigungsfähig ist ein Entgelt in Höhe von 80 Prozent des Entgeltes für entsprechende ungeforderte Arbeiten. Die Obergrenze liegt derzeit monatlich in den alten Bundesländern bei 3.458 DM und in den neuen

Bundesländern bei 2.678 DM. Übergangsweise gelten die neuen Bemessungsregelungen nicht für vor dem 1. März 1994 bewilligte Maßnahmen oder bei Aufnahme der Arbeit bis zum 1. November 1994.

● In Regionen der alten Bundesländer, die von strukturellen Krisen besonders betroffen sind, wird die Arbeitsförderung nach § 249 h AFG (d. h. die Umwandlung von Lohnersatzleistungen in Lohnkostenzuschüsse) als neuer § 242 s AFG mit folgenden Bedingungen eingeführt:

- ▶ Beschränkung auf alte Länder und Arbeitsamtsbezirke mit erheblich (30 Prozent) über dem Durchschnitt liegender Arbeitslosigkeit oder erheblichen strukturellen Veränderungen in einem oder mehreren Wirtschaftszweigen, wenn der sich daraus ergebende Personalabbau für den örtlichen Arbeitsmarkt von erheblich nachteiliger Bedeutung ist.
- ▶ Beschränkung überwiegend auf die Förderung von Arbeitslosen, deren Unterbringung auf dem Arbeitsmarkt besonders erschwert ist.
- ▶ Beschäftigungsfelder: Verbesserung der Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe.
- ▶ Berücksichtigungsfähige Arbeitsentgelte nur bis zu 80 Prozent der Entgelte für ungeforderte Arbeiten und höchstens bis 80 Prozent des vorläufigen Durchschnittsentgelts des Vorjahres.
- ▶ Zuschußhöhen entsprechend den durchschnittlichen Aufwendungen für Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfebezieher einschließlich Sozialversicherung (1994: rund 2.000 DM).
- ▶ Zuweisungsdauer längstens zwei Jahre.
- ▶ Befristung der Leistung von Zuschüssen bis zum 31. 12. 1997.

Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik auch für die alten Bundesländer: Bewährt aus den neuen Ländern wird auf strukturschwache Gebiete im Westen übertragen. Auch die Begrenzung des förderfähigen Einkommens auf 80 Prozent des Entgeltes für vergleichbare ungeforderte Arbeit ist eine gerechte Maßnahme. Denn so bleibt der Anreiz bestehen, aus geförderter Beschäftigung in ungeforderte Arbeitsverhältnisse zu wechseln.

■ Freiwillige zusätzliche Arbeitsangebote

● Bei der Beschäftigung von Arbeitslosen in gemeinnützigen Arbeiten, die kein Arbeits-/Beschäftigungsverhältnis begründen (Gemeinschaftsarbeiten), wird die Arbeitslosenhilfe weitergewährt.

● Einführung einer Saisonarbeitnehmerhilfe als materieller Anreiz für die Aufnahme einer Saisonarbeit in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Obst- und Gemüseverarbeitung, wenn die Beschäftigungen nach ihrer Eigenart regelmäßig auf längstens drei Monate im Jahr begrenzt sind. Die Saisonarbeitnehmerhilfe in Höhe von 25 DM täglich wird zusätzlich zu dem vom Arbeitgeber zu zahlenden Arbeitsentgelt für Arbeitstage mit mindestens sechs Stunden Arbeitszeit gewährt und ist bei der Prüfung der Zumutbarkeit zu berücksichtigen.

Wer als Arbeitsloser bereit ist, gemeinnützige oder vorübergehende Arbeit auszuführen, wird also belohnt. Es sollte nicht sein, daß in Deutschland im Jahr bis zu 170.000 ausländische Saisonarbeiter untergebracht und beschäftigt werden, während gleichzeitig fast vier Millionen Menschen Arbeit suchen.

■ Förderung der Selbständigkeit

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) fördert den Übergang aus Arbeitslosigkeit in die

Selbständigkeit durch ein Überbrückungsgeld unter folgenden Konditionen:

- Festlegung der Dauer der Förderung auf grundsätzlich 26 Wochen (bislang: „bis längstens“ 26 Wochen),
- Festlegung der Höhe des Überbrückungsgeldes auf die Höhe des vorher bezogenen Arbeitslosengeldes/Arbeitslosenhilfe (bislang: „bis“ zur Höhe des Arbeitslosengeldes/Arbeitslosenhilfe).
- Aufhebung der Anordnungsbefugnis der BA hinsichtlich Umfang der Leistung und damit Beseitigung der bisherigen Kürzungen auf zehn Wochen und 300 DM wöchentlich; nur ausnahmsweise kann noch die Dauer zur Vermeidung mißbräuchlicher Ausnutzung gekürzt werden.

Wer als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit das Wagnis der Selbständigkeit unternimmt, wird besser gefördert. Denn es steht fest: Der Weg in die Selbständigkeit ist für viele nicht nur ein Ausweg aus der eigenen Arbeitslosigkeit, oft entstehen in der Folge auch neue zusätzliche Arbeitsplätze, die wir dringend brauchen.

■ Förderung von Teilzeitarbeit

Bestandsschutz bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes nach einer Teilzeitarbeit: Bei Arbeitslosen, die ihre wöchentliche Arbeitszeit aufgrund einer individuellen Teilzeitvereinbarung auf weniger als die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit vermindert haben (Übergang von Vollzeit auf Teilzeit/Verminderung der Teilzeit-Stundenzahl), wird das Arbeitslosengeld nach der höchsten wöchentlichen Arbeitszeit, die der Arbeitslose in den letzten 42 Monaten in einem zusammenhängenden Zeitraum von sechs Monaten geleistet hat, bemessen. Arbeitslosengeld wird jedoch höchstens in einer Höhe gewährt, die dem bisher erzielten Teilzeitarbeitsentgelt entspricht.

Niemand, der Teilzeitarbeit angeboten bekommt und auch gerne wahrnehmen möchte, muß also in Zukunft befürchten, dadurch im Falle einer drohenden Arbeitslosigkeit schlechter gestellt zu sein. Denn wer durch seine Bereitschaft, von Vollzeit auf Teilzeit zu wechseln, einen wichtigen Beitrag für mehr Beschäftigung leistet, der soll dann im Falle von Arbeitslosigkeit hierfür nicht auch noch bestraft werden.

■ Verlängerung des alten Beschäftigungsförderungsgesetzes

Die Geltung des 1995 auslaufenden Beschäftigungsförderungsgesetzes, das unter anderem befristete Arbeitsverträge zuläßt, wird um fünf Jahre bis zum 31. 12. 2000 verlängert. Als Folge der Verlängerung der Beschäftigungsförderungsgesetze 1985 und 1990 erfolgen weitere Verlängerungen von Vorschriften um fünf Jahre (Teil-Unterhaltsgeld, Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitslose bereits ab dem 50. Lebensjahr, Arbeitslosengeldbezug ab dem 58. Lebensjahr unter erleichterten Bedingungen, verlängerte Sperrzeiten etc.).

Denn befristet Arbeit zu haben, ist immer noch besser, als unbefristet arbeitslos zu sein. Das alte Beschäftigungsförderungsgesetz, von der SPD oft gescholten, hat sich insgesamt hervorragend bewährt, denn bis zu 50 Prozent der im Rahmen dieses Gesetzes geschlossenen befristeten Arbeitsverhältnisse wurden im Anschluß in unbefristete Beschäftigung umgewandelt.

■ Verstärkte Bekämpfung illegaler Beschäftigung

Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit:

- Änderung des § 3 Abs. 1 Nr. 5 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz: Nach dem dort geregelten Verbot der Deckungs-

gleichheit ist es untersagt, die Dauer eines Arbeitsverhältnisses mit einem Leiharbeitnehmer auf die Zeit der erstmaligen Überlassung an einen Entleiher zu beschränken. Von diesem Verbot soll künftig eine Ausnahme gemacht werden, wenn der Arbeitnehmer unmittelbar nach der Überlassung in ein Arbeitsverhältnis beim Entleiher eintritt und von der BA als schwervermittelbar bezeichnet wurde.

- Änderung des § 1 Abs. 1: Dem Schwarzarbeiter und seinem Auftraggeber muß nicht mehr nachgewiesen werden, daß er durch die Ausführung von Dienst- oder Werkleistungen wirtschaftliche Vorteile in erheblichem Umfang erzielt; vielmehr soll künftig ausreichen, daß Dienst- oder Werkleistungen in erheblichem Umfang ausgeführt werden.
- Ergänzung des § 1 Abs. 1 Nr. 1: Nach bisher geltendem Recht trifft die Pflicht zur Mitteilung der Aufnahme einer Tätigkeit nur Bezieher von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit. Künftig werden

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

auch Bezieher von Krankengeld, Verletzungsgeld oder laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz in die Mitteilungspflicht einbezogen.

- Ergänzung des § 2 Abs. 1: Mit Geldbuße wird bedroht, wer einen Subunternehmer beauftragt, von dem er weiß oder leichtfertig nicht weiß, daß dieser zur Erfüllung des Auftrags ausländische Arbeitnehmer ohne erforderliche Arbeitslaubnis beschäftigt.
- Gegen Anbieter handwerklicher Leistungen in Zeitungen etc., die nicht in die

Handwerksrolle eingetragen sind, obwohl sie dazu verpflichtet sind, kann mit einer Geldbuße von bis zu 10.000 DM vorgegangen werden (§ 4).

- Ausschluß von Arbeitgebern, die illegale Arbeitnehmer beschäftigen, Schwarzarbeit in Auftrag geben, Steuern hinterziehen, Beiträge zur Sozialversicherung nicht abführen bzw. Arbeitsentgelt einbehalten, von der Vergabe öffentlicher Aufträge (§ 5).

Die Verhinderung von Mißbrauch und Sozialversicherungsbetrug ist nicht nur sozial gerecht, sondern schützt auch alle Arbeitslosen vor dem Vorurteil, es gäbe Nischen am Arbeitsmarkt, in denen Mißbrauch möglich sei.

■ Weitere Erleichterungen

Zusätzlich werden in das Arbeitsförderungsgesetz weitere Regelungen eingefügt:

- Benachteiligte Jugendliche, die eine nach § 40 c des Arbeitsförderungsgesetzes geförderte überbetriebliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, werden künftig durch eine zeitlich auf sechs Monate befristete sozialpädagogische Hilfe bei der Begründung bzw. Festigung eines Arbeitsverhältnisses unterstützt.
- Auszubildende, die nach Abschluß ihres Ausbildungsverhältnisses nahtlos in ein normales Beschäftigungsverhältnis wechseln, werden künftig bei Arbeitsausfall in ihrem Betrieb in die Gewährung von Kurzarbeitergeld einbezogen.
- Verfügbarkeit von Beziehern von Arbeitslosengeld bei Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen:
- Durch die Einführung eines § 103 b AFG wird dem Arbeitslosen ermöglicht, an kurzfristigen Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen, ohne daß der Anspruch auf Arbeitslosengeld entfällt, wenn dies keine Aussichten auf berufliche Wiedereingliederung fördert.

Strategien für eine zukunftsweisende Beschäftigungspolitik in Europa

„Die Überlegenheit des europäischen Wirtschaftsmodells, in dem die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen ein fester Bestandteil mit langer Tradition ist, darf nicht durch Standortdebatten zerredet werden.“

Dies erklärte der sozialpolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Elmar Brok, auf einer Konferenz der EVP-Fraktion zum Thema „Strategien zur Beschäftigungspolitik aus christlich-sozialer Sicht“.

Allerdings sei es angesichts der gegenwärtigen Beschäftigungskrise notwendig, die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft erheblich zu steigern. Hierzu sei politische Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene gefordert, wie sie mit Abschluß der GATT-Verhandlungen und dem Binnenmarkt bewiesen wurde.

In Zukunft werden hierzu die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und vereinfachte Steuerregelungen sowie eine stärkere Förderung zukunftsorientierter Industrien gehören. Das Weißbuch der Kommission zu Beschäftigung und Wettbewerb weise hier den richtigen Weg.

Brok warnte nachdrücklich vor einem Wettbewerb der europäischen Sozialver-

sicherungssysteme und dem Versuch einzelner Mitgliedstaaten, zu „Billiglohnländern“ in der Union zu werden. Dies führe in eine Sackgasse, die das Ende des europäischen Modells der Sozialen Marktwirtschaft und die Rückkehr in Verhältnisse des 19. Jahrhunderts bedeute. Hieran könne niemand ein Interesse haben.

Als entscheidende Elemente einer Beschäftigungspolitik, deren Ziel der Abbau der Arbeitslosigkeit sein muß, ohne jedoch die Qualität der Arbeitsplätze zu opfern, nannte Brok:

- eine bessere Vorbereitung der Arbeitnehmer auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes durch Berufs-, Fort- und Weiterbildung;
- eine größere Flexibilisierung zum Beispiel im Bereich der Maschinenlaufzeiten und der Arbeitszeit, auch durch mehr Möglichkeiten der Teilzeitarbeit;
- die Investition in Forschung und Entwicklung anstatt Erhaltungssubventionen unrentabler Industrien und
- die zeitweise Mischfinanzierung von Arbeitsplätzen zum Beispiel durch die Verwendung von Geldern aus der Arbeitslosenversicherung zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit.

Neuaufgabe der Europa-Expertenbörse ist da!

Rechtzeitig für den Europawahlkampf hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine neue, aktualisierte Auflage der Europa-Expertenbörse erstellt. Europaabgeordnete, Mitglieder des Europaausschusses des Deutschen Bundestages und des Bundesfachausschusses Europapolitik sowie Europaexperten aus Brüssel und anderswo stehen Ihnen durch die Expertenbörse als Referenten zur Verfügung. Nutzen Sie die Chance und fordern Sie die Europa-Expertenbörse noch heute an.

Telefon (0228) 544-477

(Abbildung letzte Seite)

Ostrenten erreichen 75,1 Prozent der vergleichbaren Westrenten

Das Bundeskabinett hat am 13. April auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Renten Anpassungsverordnung 1994 beschlossen. Danach steigen die Renten zum 1. Juli 1994 in Westdeutschland um effektiv 3,39 Prozent und in den neuen Bundesländern um effektiv 3,17 Prozent. Damit erreicht die verfügbare Standardrente in Ostdeutschland 75,1 Prozent der vergleichbaren Westrente.

„Auch in wirtschaftlich und finanziell schwieriger Zeit steigen die Renten in Ost und West entsprechend dem Anstieg der Löhne und Gehälter“, erklärte Blüm zu der Verordnung, die noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf. „An den Prinzipien der Rentenreform für die Renten Anpassung wird nicht gerüttelt. Die Rentnerinnen und Rentner können sich darauf verlassen: Die Rente ist und bleibt sicher.“ Der Minister betonte, die Bundesregierung halte an dem Ziel der Rentenangleichung in Ost und West fest: „Dieses Ziel werden wir dann erreicht haben, wenn die Löhne und Gehälter gleich hoch sind.“

Die Renten Anpassung zum 1. Juli 1994 richtet sich in den westlichen Ländern nach dem durchschnittlichen Anstieg der Nettolöhne und -gehälter im Jahre 1993 gegenüber 1992 und berücksichtigt gleichzeitig Belastungsveränderungen bei den Renten, die sich im gleichen Zeitraum ergeben haben.

Ausgangspunkt für die Berechnung des Anpassungssatzes ist die Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter von 1992 auf 1993 um 2,9 Prozent und eine Steigerung der Nettolöhne und -gehälter in diesem Zeitraum von 3,05 Prozent. Bei Berücksichtigung der Belastungsveränderung

durch die Krankenversicherung der Rentner von 1992 auf 1993 ergibt sich hieraus der Anpassungssatz von 3,39 Prozent. Diese Erhöhung entspricht zugleich der Erhöhung des Zahlbetrages der Renten, weil der Beitragssatz in der Krankenversicherung ab Juli 1994 unverändert 13,4 Prozent beträgt. Dementsprechend ergibt sich auch beim Eigenanteil der Rentner an ihrer Krankenversicherung in Höhe von 6,7 Prozent keine Veränderung. Durch die Renten Anpassung wird das Ergebnis der Nettoeinkommensentwicklung bei den Arbeitnehmern so auf die

An den Prinzipien der Rentenreform für die Renten Anpassung wird nicht gerüttelt. Die Rente ist und bleibt sicher.

Rentner übertragen, daß sich deren verfügbares Einkommen wie das Einkommen entwickelt, das den Arbeitnehmern nach Abzug von Steuern und Abgaben verbleibt. Dies wird auch dadurch deutlich, daß sich das sogenannte Nettorentenniveau im Jahre 1994 bei gut 70 Prozent stabilisiert.

In den neuen Bundesländern wird der Anpassungssatz anhand der dortigen aktuellen Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter unter Berücksichtigung des aktuellen Nettorentenniveaus in den alten Bundesländern ermittelt. Dies ergibt einen Anpassungssatz für die Renten von 3,45 Prozent. Da hier zum 1. Juli 1994 der von den Rentnern zu tragende Anteil am Beitrag für ihre Krankenversi-

cherung von 6,25 auf 6,5 Prozent steigt, ergibt sich eine effektive Steigerung der Anpassungsfähigen Rentenzahlbeträge von 3,17 Prozent.

„Auch in den neuen Bundesländern richtet sich die Anpassung der Renten nach der Lohnentwicklung, und diese verläuft immer noch stärker als in den alten Bundesländern“, erklärte Blüm. Bei der Wertung des Anpassungssatzes von 3,45 Prozent (3,17 effektiv) ist zu berücksichtigen, daß die Renten in den neuen Bundesländern bereits zum 1. Januar 1994 um 3,64 Prozent erhöht wurden. Außerdem wirkt die Anhebung von 14,24 Prozent zum 1. Juli 1993 ins Jahr 1994 hinein.

In den vergangenen vier Jahren hat sich der Abstand der Ostrenten zu den Westrenten erheblich verringert. Die verfügbare Standardrente (45 Versicherungs-jahre mit durchschnittlichem Bruttoent-

Personalie

Auf ihrer Sitzung am 12. April hat die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die 102 Bundestagsabgeordnete umfaßt, **Heinz-Adolf Hörsken**, einstimmig zum Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe gewählt.

gelt) wird sich am 1. Juli 1994 in den alten Bundesländern auf 1.931,31 und in Ostdeutschland auf 1.451,17 DM erhöhen. Das Verhältnis der verfügbaren Standard-Ostrenten zu den vergleichbaren Westrenten wird damit 75,1 Prozent betragen. Am 30. Juni 1990, dem Tag vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, hatte dieses Verhältnis — je nach Rentenbeginn der Ostrenten — noch zwischen rund 29 und 37 Prozent gelegen.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Sie sind das Flaggschiff. Praxisnah und fundiert wird in den Seminaren über allgemeine Fragen der Politik sowie der Wirtschafts- und Kommunalpolitik informiert. Indem sie Grundlagen vermitteln und zur Übernahme von politischer Verantwortung motivieren, richten sie sich gegen Politik- und Parteienverdrossenheit.

Die nächsten Termine für „Einsteiger“:

● Politisches Seminar

- 12. 6. — 15. 6. 1994
- 28. 8. — 31. 8. 1994
- 25. 9. — 28. 9. 1994
- 11. 12. — 14. 12. 1994

● Wirtschaftspolitisches Seminar

- 26. 6. — 1. 7. 1994
- 21. 8. — 26. 8. 1994
- 4. 12. — 9. 12. 1994

● Kommunalpolitisches Seminar

- 5. 6. — 9. 6. 1994
- 3. 7. — 8. 7. 1994
- 4. 9. — 9. 9. 1994
- 6. 11. — 11. 11. 1994
- 4. 12. — 9. 12. 1994

Jedes der Seminare setzt sich aus mehreren, systematisch aufeinander aufbauenden Teilen zusammen.

Veranstaltungsort: Bildungszentrum Schloß Eichholz

Weitere Informationen/ Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Politische Bildung
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling**

Wolfgang Schäuble:

Vollendung der inneren Einheit bleibt unsere zentrale Aufgabe

„Wirtschaftlich kommt die Überwindung der Teilung gut voran. Was die Unterschiede in den Mentalitäten, in den Einstellungen und historischen Belastungen anbelangt, so ist dies sehr viel schwieriger.“

Mit diesen Worten beschrieb der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, am 15. April bei einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung im Bonner Wissenschaftszentrum die augenblickliche Lage in Deutschland.

Die Vollendung der inneren Einheit, so Schäuble, bleibe zentrale Aufgabe deutscher Politik. Die innere Einheit werde gelingen, wenn sich die Deutschen wieder auf die Grundlagen ihrer nationalen Gemeinschaft besinnen und diese neu mit Leben erfüllen können.

In erstaunlich kurzer Zeit sei im Osten Deutschlands erstaunlich viel erreicht worden, meinte Schäuble vor den rund 250 Zuhörern. Im vergangenen Jahr sei in der ostdeutschen Industrie pro Beschäftigtem mehr als doppelt so viel investiert worden wie im Westen. Für 1994 werde ein weiterer Anstieg der privaten Investitionsausgaben um 15 Prozent auf gut 160 Milliarden Mark erwartet.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft gehe 1994 und 1995 von realen Zuwachsraten von acht bis achteinhalb Prozent in den neuen Ländern aus. Auch seien sie auf dem besten Wege, „High-Tech“-Standorte zu werden, sagte Schäuble, und verwies auf die Entscheidung der Siemens AG, in Dresden ein Hochleistungs-

und Innovationszentrum für Mikroelektronik mit Investitionen von 2,7 Milliarden Mark und rund 1.200 Arbeitsplätzen zu errichten.

Allerdings, so der Fraktionsvorsitzende, begreife man heute, daß der Weg zu den „blühenden Landschaften im Osten Deutschlands“ länger dauere, als auch erwartet und erhofft habe. Die „Eis- und Frostsicht, die die Pflanzen durchbrechen müssen“, sei zwar härter als angenommen, zunehmend aber „brechen sie doch durch und beginnen zu blühen“.

In erstaunlich kurzer Zeit ist im Osten Deutschlands erstaunlich viel erreicht worden.

Dies belege auch der jüngste Monatsbericht des Instituts für Demoskopie in Allensbach.

Die geographische Lage Deutschlands, das aus einer künstlichen Randlage wieder an seinen historischen Platz mitten in Europa gerückt sei, erfordere, so Schäuble, eine aktiv gestaltende Rolle in Europa und der Welt. Diese Rolle könne aber nur bei einem ausreichenden Maß an innerer Geschlossenheit erfolgreich wahrgenommen werden. Dafür gelte es, „die Balance zwischen individuellen Ansprüchen einerseits und der notwendigen Gemeinschaftsfähigkeit unserer sozialen und politischen Ordnung andererseits wiederherzustellen“.

Neben gemeinsame Wertüberzeugungen

müßten auch emotionale Bindungskräfte an diese Gemeinschaft treten, meinte Schäuble und nannte Begriffe wie Liebe zur Heimat, Patriotismus und Nationalgefühl. Allein „Verfassungspatriotismus“ erscheine ihm „etwas zu karg“. Mehr Bürgersinn, mehr soziale Anteilnahme und mehr politisches Verantwortungsbewußtsein bei möglichst vielen Menschen sei erforderlich.

Die europäische Integration mache einen solchen Nationalstaat keineswegs überflüssig, betonte Schäuble. Weltpolitik und Weltwirtschaft erforderten ein starkes Europa, das möglichst viel mit einer Stimme spreche und seine Interessen wirksam vertrete. Nur eine Bündelung der Kräfte, gemeinsames Entscheiden und Handeln, sichere die Zukunft Europas und seiner Staaten über die Jahrtausendwende hinaus.

Zitat

„Scharping hat in Washington gesagt, im Falle eines Wahlsiegs der SPD werde die Außenpolitik der Bundesregierung fortgesetzt. Die Fortsetzung der Politik Kohls kann niemand besser als Kohl selbst.“

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf dem Parteitag der baden-württembergischen CDU in Bad Schönborn

Die Europäische Union werde aber ohne die innere Kraft, die in ihren nationalen Teilen stecke, nicht halten. Europa werde diese einzelnen Staaten zwar überwölben, sie entlasten und ihnen international Gewicht verleihen, es werde sie aber weder ersetzen noch gar verschlingen.

Fast alle jungen Eltern nahmen 1992 Erziehungsgeld in Anspruch

Fast alle jungen Eltern (rund 96,7 Prozent) nahmen 1992 Erziehungsgeld in Anspruch. Rund 96,3 Prozent der berufstätigen Mütter oder Väter entschieden sich für Erziehungsurlaub.

Das geht aus einer Statistik hervor, die das Bundesfamilienministerium veröffentlichte. Insgesamt wurden 769.685 Müttern und Vätern Erziehungsgeld bewilligt, davon waren 14,5 Prozent Alleinerziehende.

Rund 74 Prozent der Empfänger erhielten nach dem sechsten Lebensmonat des Kindes die volle Höhe von 600 Mark, 14,9 Prozent bekamen wegen ihres Einkommens gemindertes Erziehungsgeld.

Gering blieb allerdings die Zahl der Männer, die von der Möglichkeit Gebrauch

machten, bis zu drei Jahre Urlaub nach der Geburt eines Kindes zu nehmen. Der Anteil der Väter an der Gesamtzahl machte nur 1,06 Prozent aus und stieg gegenüber dem Vorjahr (0,91 Prozent) nur geringfügig.

Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch appellierte erneut an junge Väter sich stärker an der Kindererziehung zu beteiligen und wenigstens eine Zeitlang Erziehungsurlaub zu nehmen.

Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür seien geschaffen. Mütter und Väter könnten sich bis zu dreimal abwechseln. Es dürfe auch nicht sein, daß Männern in ihrem Berufsleben Steine in den Weg gelegt werden, wenn sie sich längere Zeit um die Betreuung ihrer Kleinkinder kümmern wollten.

Konjunktur in Deutschland faßt langsam, aber sicher wieder Fuß

Der Aufwärtstrend der Wirtschaft in Ost- und Westdeutschland gewinnt an Stärke und Breite. Die Zuversicht steigt. Immer deutlicher wird, daß die Konjunktur in Deutschland langsam, aber sicher wieder Tritt faßt:

● Die westdeutsche Industrie hat nach eigener Einschätzung in der Produktion inzwischen die Talsohle durchschritten. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung erwartet 1994 einen Produktionsanstieg der westdeutschen Industrie von rund 2 Prozent. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe wachsen.

● Der Deutsche Industrie und Handelstag (DIHT) erwartet für Ostdeutschland im Jahr 1994 ein Wirtschaftswachstum von rund 8 Prozent. Produktion und Produktivität steigen, und die hohen Lohnstückkosten gehen zurück.

● Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank rechnet für 1993 mit einem Rekordgewinn der Bundesbank. Der

schaftskurs der Bundesregierung. All dies würde jedoch durch Ausgabenprogramme und Steuererhöhungspläne, wie sie die SPD vorhat, aufs Spiel gesetzt werden. Das günstiger werdende Wirtschaftsklima ist auf nationaler wie internationaler Ebene entscheidend von dieser Bundesregierung beeinflusst worden. Die entschlossene Sparpolitik greift, und der

Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes, Friedrich Bohl, zu den aktuellen Konjunktur- und Wirtschaftsdaten

vom Bundeskanzler mitbewirkte GATT-Abschluß wirkt sich positiv auf die weltwirtschaftliche Entwicklung aus.

Jetzt kommt es darauf an, die im Standortbericht der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen und das „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ zügig umzusetzen. Dies wird der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, insbesondere mittelständischen Betrieben, einen zusätzlichen An Schub verleihen.

Dagegen wären die Steuererhöhungspläne der SPD, mit denen insbesondere die sogenannten „besserverdienenden“ Facharbeiter und Angestellte sowie die Handwerker und Gewerbetreibenden getroffen werden, eine Bestrafung der Leistungsträger und ein abrupter Abbruch jeglicher Konjunkturerholung. Es wäre damit zugleich das Ende der begründeten Erwartung, daß im Zuge der Konjunkturerholung zusätzliche wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen. ■

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

Gewinn wird zum größten Teil zum Abtrag von Altschulden des Bundes genutzt.

● Die Bundesbank rechnet mit weiteren Zinssenkungen für 1994 und hält einen Preisanstieg mit einer „Zwei vor dem Komma“ für möglich.

Die aktuellen Konjunkturdaten bestätigen den richtigen Finanz- und Wirt-

Die Aufwärtsentwicklung in den neuen Ländern ist unübersehbar

Von Mitte 1990 bis Ende 1993 sind den neuen Bundesländern öffentliche Transferleistungen von insgesamt mehr als 500 Milliarden DM zugeflossen.

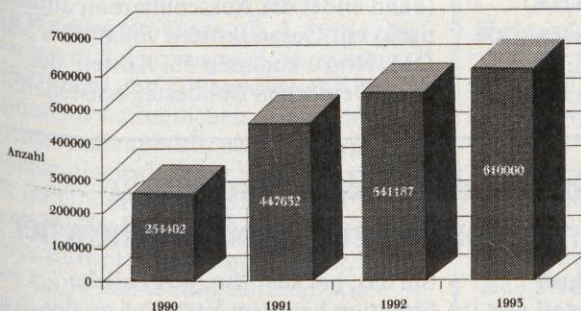
Die jährlichen West-Ost-Transfers erreichen seit 1992 ein Volumen von fünf Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts und rund 65 Prozent des Inlandsprodukts der neuen Bundesländer: Vergleichlich hiermit trug die Marshallplanhilfe der Nachkriegszeit zwei Prozent

Dies ist der rasanteste Lohnanstieg, den es in der modernen Wirtschaftsgeschichte gegeben hat.

● Das Rentenniveau in den neuen Bundesländern ist seit der Wiedervereinigung auf mehr als das Zweieinhalbfache angestiegen. Während die Ost-Renten noch 1990 nur rund 29 bis 37 Prozent des Westniveaus ausmachten, erreichen sie seit Mitte 1993 mit fast 1.400 DM rund 73 Prozent des westdeutschen Standes.

● Bei der Unternehmensprivatisierung

Gewerbeanmeldungen in den neuen Bundesländern und Berlin Ost
(Saldo von An- und Abmeldungen, kumuliert)



Quelle: Statistisches Bundesamt
Copyright: Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Über 610.000 neue Gewerbeanmeldungen sind seit 1990 in den neuen Ländern zu verzeichnen. Nach Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung sind hiervon bereits rund 435.000 Gewerbebetriebe am Markt aktiv. Trotz des weltweiten Konjunkturreinbruchs ist der Aufwärtstrend ungebrochen.

zum Sozialprodukt der Bundesrepublik bei.

Begünstigt durch die massiven Unterstützungsmaßnahmen zeigt sich in den neuen Bundesländern eine unübersehbare Aufwärtsentwicklung:

● Trotz weltweiter Konjunkturschwäche ist das reale ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1992 um 9,7 und im Jahr 1993 um 6,3 Prozent angestiegen.

● Die Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer hat seit Mitte 1990 um über 100 Prozent zugenommen.

gibt es erfreuliche Fortschritte: Ende 1993 wurden nur noch für 266 von ursprünglich über 12.000 Treuhandunternehmen Käufer gesucht. Die Erledigungsquote der Vermögenssänter im Bereich der Unternehmensrückgaben erreicht mittlerweile mehr als 50 Prozent.

● Staat und Wirtschaft haben von Mitte 1990 bis Ende 1993 rund 300 Milliarden DM für Bauten und Ausrüstungen in den neuen Ländern investiert.

Aus: Trend, Zeitschrift für Soziale Marktwirtschaft, I. Quartal 1994.

Untersuchungsausschuß Treuhandanstalt kostete bisher mehr als 4 Mio. Mark

Zu den Kosten des Treuhand-Untersuchungsausschusses erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Joachim Grünewald, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 13. April 1994:

Der auf Drängen der Opposition eingerichtete Treuhand-Untersuchungsausschuß hat die Steuerzahler bisher mehr als 4 Mio. DM gekostet. Das Verfahren des Untersuchungsausschusses führt zu erheblichen zusätzlichen Arbeits- und Kostenbelastungen für die Bundesregierung und die Treuhandanstalt (THA).

Der Ausschuß hat in mittlerweile fast 200 Beweisbeschlüssen die Beziehung von Akten und sonstigen Unterlagen in einem

Umfang beschlossen, der das in früheren Untersuchungsverfahren übliche Maß bei weitem übersteigt. Darüber hinaus fordert der Ausschuß immer wieder die Erstellung neuer Berichte, Aufstellungen und Übersichten.

Bis jetzt wurden dem Ausschuß in Erfüllung eines Teils dieser Beweisbeschlüsse von der Bundesregierung (einschließlich THA) etwa 139.000 Blatt zugeleitet.

Gesamtkosten: 6 bis 8 Mio.

Ich rechne für Bundesregierung und THA bis zum Ende der Legislaturperiode (dann endet die Ausschubarbeit automatisch) mit Gesamtkosten von 6 bis 8 Mio. DM. Hinzu kommen die Kosten, die beim Deutschen Bundestag entstehen.

Der wirtschaftliche Erfolg der Einheit wird für die ostdeutsche Bevölkerung von Tag zu Tag offensichtlicher

67 Prozent beobachten in ihrer unmittelbaren Umgebung, daß der Aufschwung Ost vorankommt; 48 Prozent machen dies vor allem an der umfangreichen Bautätigkeit fest, viele auch an der Verbesserung der Infrastruktur, an neuen Geschäften und Firmengründungen.

Die große Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung läßt keinen Zweifel daran, daß sich die Einheit auch für sie persönlich zum Vorteil ausgewirkt hat.

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat 1992 und jetzt im Frühjahr 1994 die Frage gestellt: „Wie sehen

Sie das, hat sich Ihre persönliche Situation heute im Vergleich zu der Zeit vor der Wende und der deutschen Einheit im allgemeinen verbessert oder verschlechtert?“

In den neuen Bundesländern ziehen 59 Prozent als Bilanz, daß sich ihre eigene Lage durch die Einheit verbessert hat, 20 Prozent empfinden ihre persönliche Situation heute als ungünstiger als vor der Einheit.

Der Blick auf die Ergebnisse von 1992 zeigt, daß der Anteil derjenigen, die sich zu den Gewinnern der Einheit rechnen, kontinuierlich zunimmt. Der Anteil derjenigen, die sich als Verlierer sehen, wird kontinuierlich kleiner.

Probleme mit der Wirklichkeit

Außer Spesen nichts gewesen

Mit großem publizistischem Aufwand hat Rudolf Scharping seine USA-Reise inszeniert. Er wollte damit die Behauptung stützen, es gäbe in der Außenpolitik keinen Unterschied zwischen der Koalition und der SPD.

Scharpings USA-Erklärungen stimmen aber nicht mit der SPD-Wirklichkeit überein: Es gibt de facto in entscheidenden Bereichen große Differenzen in den außenpolitischen Orientierungen. Dies ist auch in der amerikanischen Presse deutlich herausgearbeitet worden:

The Washington Times, 10. 4. 1994: „Bis jetzt hat es Scharping nicht vermocht, seine innen- und außenpolitische Konzeption zu verdeutlichen. Einerseits rät er zu einer außenpolitischen Zurückhaltung, andererseits verlangt er einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Er will Deutschland als gleichgestellten Partner in der Europäischen Union sehen, hat aber keine Vorstellung darüber, wie Deutschland wieder zur Wirtschaftslokomotive Europas werden soll.“

Scharping wird es schwer haben, die Wähler zu überzeugen

The Sun, 10. 4. 1994: „Nicht jeder ist davon überzeugt, daß Scharping seine Versprechen überhaupt einhalten kann, selbst wenn er es wollte, insbesondere dann, wenn seine Partei eine Koalition mit den noch weiter links stehenden Grünen eingeht.“

„Scharping wird es schwer haben, die deutschen Wähler davon zu überzeugen, daß seine Partei überhaupt regierungsfähig ist.“

„Scharping hat die Wähler mit seinen zweideutigen und konfusen Steuerplänen davon überzeugt, daß sie unter einer Regierung Scharping erheblich mehr Steuern zahlen müßten.“

The Washington Post, 11. 4. 1994: „Die Initiative des Sozialdemokraten erinnerte einige an den amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Walter Mondale, dessen Steuerpläne im Präsidentschaftswahlkampf 1984 zu einem Erdrutschsieg Ronald Reagans führten.“

Keinesfalls begeistert

The Wall Street Journal, 13. 4. 1994: „Selbst wenn die Grünen ihr Programm zugunsten einer rot-grünen Koalition überarbeiten, wären die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft enorm. Frankfurts Chance, Europas führender Finanzmarkt zu werden, könnte durch neue Steuern auf Wertpapiere erheblich beeinträchtigt werden. Dies würde wichtige Finanzquellen für den öffentlichen Sektor sowie zukünftige Wirtschaftsinvestitionen gefährden.“

Weiter schreibt das Blatt: „Führende Unternehmer aus Hessen sind keinesfalls von der rot-grünen Koalition in ihrem Land begeistert. Die hessische Industrie wurde mit den höchsten Steuern für Industrieabfall und Wasserverbrauch belastet. Anträge für kommerzielle Projekte werden in Hessen am langsamsten geprüft. Hessens Unternehmer beklagen sich über die Opposition der Landesregierung gegen den Bau neuer Autobahnen, die das Land mit Ostdeutschland verbinden würden.“

Die doppelte Staatsbürgerschaft ist auch künftig kein Thema

I. SPD-Initiative im Innenausschuß abgelehnt

Am 13. April 1994 ist der von der SPD-Fraktion eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Einbürgerung und Hinnahme der Doppelstaatsangehörigkeit (BT-Drs. 12/4533) im Innenausschuß des Deutschen Bundestages beraten und mit den Stimmen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgelehnt worden. Kern dieses Gesetzentwurfs ist die generelle Zulassung der Doppelstaatsangehörigkeit für hier lebende Ausländer. Mit der Ablehnung des Entwurfs sind die Pläne der SPD, das Staatsangehörigkeitsrecht zum Kampf für die Schaffung einer „multikulturellen Gesellschaft“ zu mißbrauchen, durchkreuzt worden. Die Haltung der SPD gibt Anlaß, an folgende Tatsachen zu erinnern:

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht ist vom Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit geprägt. Dieser Grundsatz muß erhalten bleiben, beruht er doch auf der Erkenntnis, daß im Normalfall Mehrstaatigkeit grundsätzlich weder im Interesse der Staaten noch der Bürger liegt. Es besteht insbesondere die Gefahr, daß durch die Doppelstaatsangehörigkeit ein Widerstreit von Pflichten und Rechten gegenüber unterschiedlichen Staaten und Rechtsordnungen (z. B. im Hinblick auf die Frage, in welchem Land die Wehrpflicht abgeleistet werden muß) entsteht; die Doppelstaatsangehörigkeit vielfach zu Rechtsunsicherheiten bei Rechtsverhältnissen führt, die nicht in allen beteiligten Staaten gleich beurteilt werden (z. B. Regelungen von Fragen aus den Bereichen Familien- und Erbrecht); die Zulassung der Doppelstaatsangehö-

rigkeit zu einer ungerechtfertigten Besserstellung der mit ihr versehenen Personen führt. So hat der „einfache“ deutsche Staatsbürger z. B. nicht wie Doppelstaatter die Möglichkeit, den Zugang zum öffentlichen Dienst in zwei Staaten zu erhalten.

Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf fußt auf der These, daß die erleichterte Einbürgerung und Hinnahme der Doppelstaatsangehörigkeit die Integration der betreffenden Ausländer in unserer Gesellschaft fördere. Das Gegenteil ist indessen der Fall: Denn es ist gerade die mangelnde eigene Identifizierung mit der Bundesrepublik Deutsch-

Von Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Meinrad Belle, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

land, die dazu führt, daß die betreffenden Ausländer nicht bereit sind, die deutsche Staatsangehörigkeit bei gleichzeitiger Aufgabe ihrer angestammten Staatsangehörigkeit anzunehmen.

II. Doppelte Staatsbürgerschaft provoziert Loyalitätskonflikte

Die doppelte Staatsbürgerschaft führt vielmehr zu grundlegenden Loyalitätskonflikten und Gefährdungen der inneren Sicherheit in unserem Land, wie folgende Problemfälle zeigen: Kann man von einem deutsch-türkischen Polizeibe-

amten kurdischer Herkunft uneingeschränkte Loyalität zu seinem deutschen Dienstherrn erwarten, wenn dieser ihn gegen gewalttätige kurdische Demonstranten einsetzt? Oder: Kann man verhindern, daß Ausländer ihre staatsbürgerlichen Rechte als Deutsche dazu benutzen, z. B. als militante kurdische Aktivisten auf deutschem Boden handfeste Interessen ihrer angestammten Heimat zu vertreten und damit deutschen Belangen zu schaden? Wir meinen, daß gerade die jüngsten Gewalttätigkeiten extremistischer Kurden zeigen, daß die Positionen der SPD grundlegend falsch sind.

Gegen eine generelle Zulassung von Doppelstaatsangehörigkeiten sprechen schließlich internationale Vereinbarungen, denen die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Eine grundsätzliche Zulassung von Doppelstaatsangehörigkeiten würde danach gegen internationales Recht verstoßen. Wie die Bundesrepublik Deutschland sind von den Mitgliedsstaaten der EG auch Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und Spanien dem internationalen Abkommen vom 6. Mai 1963 über die Verringerung von Mehrstaatigkeit beigetreten. Auch Norwegen, Österreich, Irland und Schweden sind Vertragspartner dieses Übereinkommens. Der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit wird in diesen Staaten größtenteils in einer dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht vergleichbaren Weise praktiziert.

Da die Zulassung der Doppelstaatsangehörigkeit somit mehr Konflikte schafft als sie nach Ansicht ihrer Verfechter lösen kann, vertritt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Auffassung, daß eine Verbesserung der Integration bei uns lebender Ausländer in unsere Gesellschaft nur durch eine deutliche Erleichterung der Einbürgerung erreicht werden kann. Bei

der Neuregelung des Asylrechts sind deshalb auf unsere Initiative hin erhebliche Erleichterungen der Einbürgerung integrationswilliger Ausländer erreicht worden, so daß das Erfordernis der einheitlichen Staatsangehörigkeit der Familie entfällt; Ausländern, die seit 15 Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben, ein Anspruch auf Einbürgerung eingeräumt wird; dabei wird auf die bislang geltende Voraussetzung der Unbescholtenheit grundsätzlich verzichtet; Ausländer der zweiten und dritten Generation zwischen dem 17. und 23. Lebensjahr einen Anspruch auf Einbürgerung erhalten, wenn sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben, sich seit 8 Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten und dort 6 Jahre lang eine Schule besucht haben; auch bei diesem Personenkreis wird der Grundsatz der Unbescholtenheit aufgegeben; auch nichteheliche Kinder deutscher Väter die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, sobald die wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgt ist; die Gebühr für die Einbürgerung erheblich gesenkt wird (von 5.000 DM auf i. d. R. 500 DM, für Kinder 100 DM).

III. Grundsätzliche Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in der nächsten Legislaturperiode

Es ist allgemein bekannt, daß das im wesentlichen aus dem Jahr 1913 stammende Staatsangehörigkeitsrecht mittlerweile insgesamt veraltet und damit reformbedürftig ist. Eine grundlegende Reform dieser ebenso wichtigen wie schwierigen Materie bedarf gründlicher Vorbereitung sowie sorgfältiger Abstimmung und kann deshalb in dieser Legislaturperiode nicht mehr realisiert werden. Das Bundesministerium des Innern hat mittlerweile einen ersten Arbeitsentwurf

Pöttering: Schärfere Nahrungsmittelkontrollen

Eine schärfere Kontrolle bei Nahrungsmitteln hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und niedersächsische CDU-Spitzenkandidat für die Europawahl, Hans-Gert Pöttering, gefordert.

Ausgangspunkt seiner Forderungen seien die jüngst bei Babykost festgestellten Überschreitungen der Pestizid-Grenzwertbelastungen gewesen. Hierzu müßten einheitliche EU-Regelungen geschaffen werden, die den „sehr strengen deutschen Verordnungen entsprechen“.

Insbesondere, so Pöttering, seien eine besondere Kennzeichnungspflicht

sowie die nach Ländern geordnete Auflistung und Nennung der Grundbestandteile eines Nahrungsmittels notwendig. Auch sollte es eine EU-weite Regelung für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln geben.

Kennzeichnungspflicht

Es könne nicht angehen, so der CDU-Europapolitiker, daß bestimmte Pflanzenschutzmittel in einigen Ländern erlaubt seien, in anderen hingegen nicht. „Der Verbraucher muß die Möglichkeit haben, sich von der Qualität eines Produktes schon anhand des Etiketts informieren zu können“, so Pöttering.

fertiggestellt, der Grundlage der in der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages zu verwirklichenden Reform sein wird. Inhaltliche Schwerpunkte der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts werden sein:

Änderung des Grundcharakters der Einbürgerung von der Ermessensentscheidung hin zum Anspruch und weitere Erleichterungen der Einbürgerung; differenzierte Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzung „Unterhaltsfähigkeit“; Überleitung der Statureigenschaft (Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG) in die deutsche Staatsangehörigkeit; Lösung offener Fragen zur DDR-Staatsbürgerschaft im Hinblick auf die Wirkung des Verlusts der DDR-Staatsbürgerschaft auf die deutsche Staatsangehörigkeit; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur bindenden Feststellung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse durch die Staatsangehörigkeitsbehörden; Erleichterung des

Nachweises der deutschen Staatsangehörigkeit durch Schaffung von Vermutungregelungen und Ermächtigung zur Einrichtung einer Staatsangehörigkeitsdatei; Einschränkung des Fortbestandes der deutschen Staatsangehörigkeit bei dauerndem Auslandsaufenthalt (Erklärungspflicht für in zweiter Generation nach Inkrafttreten des Gesetzes im Ausland Geborener vor Volljährigkeit); Erweiterung der Tatbestände, die den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit regeln (Verlust durch freiwilligen Erwerb fremder Staatsangehörigkeit auch bei fortbestehendem Inlandsaufenthalt und bei ungültiger Rückwanderung von volljährigem Doppelstaatern in den anderen Heimatstaat).

Allerdings werden wir auch im Rahmen der umfassenden Reform am Abstammungsprinzip festhalten und keinen Geburtserwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für hier geborene Kinder von Ausländern einführen.

Änderung des Europawahlrechts in Kraft

Am 12. Juni 1994 finden die vierten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Erstmals können jetzt ausländische Bürgerinnen und Bürger aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bei uns wählen, wenn sie seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz in Deutschland haben und mindestens 18 Jahre alt sind.

Um aber vom Wahlrecht Gebrauch machen zu können, müssen unsere ausländischen Unionsmitbürger selbst aktiv werden und sich bis spätestens 9. Mai in die Wählerverzeichnisse ihrer Stadt- oder Gemeindeverwaltungen eintragen. Diese Eintragung gilt jedoch nur für die kommende Europawahl.

Termin: 9. Mai

Viele unserer Unionsmitbürger wissen aber noch gar nicht, daß sie auch in Deutschland ihre Stimme zur Europawahl abgeben können. Daher hat die CDU ein Info-Flugblatt (s. unten) erstellt, das unseren ausländischen Mitbürgern über ihr neues Wahlrecht Auskunft gibt. Darüber hinaus wird Anfang Mai eine Broschüre in deutscher, italienischer und griechischer Sprache zur Verfügung stehen, in der sich die CDU als die deutsche Partei für alle Europäer vorstellt.

Am 12. Juni zählt jede Stimme für die CDU. Lassen Sie keine Gelegenheit aus, Kontakte zu unseren ausländischen EU-Mitbürgern zu knüpfen oder auszubauen. Damit leisten Sie nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Wahlerfolg unserer Partei bei den Europawahlen, Sie werden darüber hinaus viele positive Effekte für Ihre langfristige kommunalpolitische Arbeit erzielen, denn ab 1995 haben die Unionsbürger auch das Kommunalwahlrecht.

Personalie

Zum ersten Mal in der Geschichte des Europarates wurde eine Frau mit der Leitung einer großen Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung betraut. Die Europäische Volkspartei wählte die westfälische CDU-Bundestagsabgeordnete **Leni Fischer** zur Vorsitzenden. Mit Frau Fischer, die auch den Vorsitz im Kulturausschuß des Europarates innehat, steht zum dritten Mal ein deutsches Mitglied an der Spitze der Christdemokraten im Europarat. Der letzte deutsche Vorsitzende war der frühere Berliner Bürgermeister Franz Amrehn (1973—1977).

Neues Flugblatt zum Wahlrecht der ausländischen EU-Bürger in Deutschland bei der Europawahl' 94

Bei der Europawahl am 12. Juni 1994 können zum ersten Mal ausländische Unionsbürger mit ständigem Wohnsitz in Deutschland teilnehmen. Über 1 Million europäische Wahlberechtigte können den Ausgang der Europawahlen bei uns wesentlich beeinflussen. Darum machen auch Sie mit und weisen Sie unsere ausländischen EU-Mitbürger auf die Möglichkeit hin, daß sie sich bis zum 9. Mai 1994 ins Wählerverzeichnis in ihrem Wohnort eintragen können. Fordern Sie dazu unser Flugblatt an. **Telefon (0228) 544-477.**

Kreislaufwirtschaftsgesetz:

Wesentlicher Schritt zum Ausstieg aus der „Wegwerf-Gesellschaft“

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz macht endgültig Schluß mit der „Wegwerf-Gesellschaft“: Es setzt auf eine neue Produktverantwortung von Herstellern und Verbrauchern.

Das am 15. April vorgelegte Gesetz schafft den Brückenschlag zwischen den Anforderungen der Ökonomie und der Ökologie und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Jetzt gilt es, das Kreislaufwirtschaftsgesetz zügig im Bundesrat zu verabschieden. Hier stehen besonders die SPD-geführten Bundesländer in der Pflicht. Wenn sie ihre Blockadepolitik und Verweigerungsstrategie weiter verfolgen, zeigen die Sozialdemokraten ihr wahres Gesicht als Fortschrittsverhinderer und Umwelthasardeure. Sie behindern die Umsetzung und Fortentwicklung der Umweltpolitik auf nationaler und europäischer Ebene.

Wer jetzt dem Kreislaufwirtschaftsgesetz in der vorgelegten Form nicht zustimmt, verunsichert Wirtschaft und Verbraucher

gleichermaßen und erweist dem Standort Deutschland und der praktischen Ausgestaltung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft einen Bärendienst. Er stellt wahltaktisches Kalkül über eine zukunftsweisende Abfallpolitik.

Signal gesetzt

Zur abschließenden Beratung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:

Die Verabschiedung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes setzt ein Signal für die Umwelt wie für die Wirtschaft. In intensiver und enger Zusammenarbeit aller Beteiligten ist es gelungen, ein Gesetz zu erarbeiten, das die nötige Vorsorge für unsere Umwelt mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten vereint und sie mit ökonomischen Mitteln durchsetzt.

Damit hat die Koalition überzeugend unter Beweis gestellt, daß sie die Probleme annimmt und zum Wohle von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland zu lösen versteht.

Einmaliges Notprogramm hilft Landwirten

Mit einem Ausgleich von 8 DM/Monat pro Schweinemastplatz und einem Ausgleich von 40 DM/Monat pro Sauenplatz will Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert denjenigen landwirtschaftlichen Betrieben helfen, die in Niedersachsen durch die Schweinepest in Not geraten sind.

Mit diesem einmaligen Notprogramm leistet die Bundesregierung eine Hilfe, die eigentlich von der niedersächsischen Landesregierung hätte erbracht werden müssen, und läßt nicht zu, daß bäuerliche Existenzen durch die Untätigkeit der SPD-geführten Landesregierung aufs Spiel gesetzt werden.

CDU gewinnt nach Marburg, Kassel und Rüsselsheim nunmehr auch in Hanau

Als „sensationellen Erfolg“ für die Hanauer CDU, aber auch für die Hessen-Union insgesamt haben der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Bundesinnenminister Manfred Kanther, und der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Roland Koch, am 18. April in Wiesbaden die Wahl von Margret Härtel zur neuen Oberbürgermeisterin von Hanau bezeichnet.

„Mit ihrer beherzten, zupackenden und couragierten Art sowie einem äußerst engagierten Wahlkampf hat Margret Härtel dieses herausragende Ergebnis erzielt“, gratulierten die CDU-Landespolitiker. Für ihre angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der kritischen Finanzlage Hanaus wahrlich nicht einfache Aufgabe wünschten Kanther und Koch der designierten Oberbürgermeisterin alles Gute.

Nach den Worten der beiden CDU-Politiker geht — unabhängig von selbstverständlich vorhandenen örtlichen Aspekten — der Niedergang der hessischen SPD unter Führung ihres Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Eichel, auf kommunaler Ebene unvermindert weiter.

Nach den Oberbürgermeister-Stühlen in Marburg, Kassel und Rüsselsheim muß die hessische SPD nunmehr binnen eines einzigen Jahres die vierte Oberbürgermeister-Position räumen.

„Herr Eichel wird sich jetzt noch wärmer anziehen müssen“, stellten Kanther und Koch fest. Der Weg der Hessen-Union führe schrittweise voran: „Vorgestern Marburg und Kassel, gestern Rüsselsheim, heute Hanau — und morgen Wiesbaden.“

Kanther und Koch betonten, es freue sie besonders, daß nach der sensationellen

Kanther und Koch: „Mit ihrer beherzten, zupackenden und couragierten Art hat Margret Härtel dieses herausragende Ergebnis erzielt.“

Wahl von Otti Geschka zur Rüsselsheimer Oberbürgermeisterin nunmehr auch die zweite Oberbürgermeisterin Hessens von der Union gestellt werde: „Wir haben zwar keine Quotenregelung — aber immer mehr Frauen in der Verantwortung.“

Pressemitteilungen der CDU jetzt auch „vertont“

Die Pressestelle der CDU hat in diesen Tagen ihren O-Ton-Service gestartet. Ziel ist es, allen interessierten Hörfunk-Redaktionen aktuelle O-Töne aus der CDU-Partei-spitze zur Verfügung zu stellen. Damit soll vor allem den Radio-Sendern, die kein eigenes Korrespondentennetz haben, die Möglichkeit gegeben werden, sich schnell und unkompliziert mit Original-Tönen zu tagespolitisch interessanten Themen aus dem Bonner Konrad-Adenauer-Haus zu versorgen. Tag und Nacht steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung, der es ermöglicht, über Telefon aktuelle O-Töne abzurufen. Damit ist die CDU die erste Parteizentrale in Bonn, die ihre Presseinformationen auch „vertont“ anbietet.

KAS-Lokaljournalistenpreis

Erster Platz für die „Oberhessische Presse“

Die Redaktion der „Oberhessischen Presse“ in Marburg erhält den mit 10.000 Mark dotierten 1. Rang des Lokaljournalistenpreises 1993 der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ausgezeichnet wurde die Serie der Zeitung zu den Kommunal- und Bürgermeisterdirektwahlen, bei der Konzept und Ausführung die Jury überzeugten. Bei der Entscheidung am 14. April ging der mit 5.000 Mark dotierte 2. Preis an Kristov Hogel für seine in der Dresdner Morgenpost erschienene Serie: „25 goldene Regeln: Der Weg zum Erfolg“, in der ein konstruktiver Beitrag zum Aufbruch Ost mit den Mitteln einer Tageszeitung geleistet wird.

Die 2.500 Mark des 3. Preises gehen an

die Lokalredaktion Siegburg des General-Anzeigers für die Serie: „Freizeit — freie Zeit?“. Prämiert wurde das Konzept dieser Serie für junge Leser, bei der Schüler als Autoren mitwirken konnten.

Ferner vergab die Jury fünf gleichrangige Sonderpreise mit je 1.000 Mark an Helmut Rücker für seine Kommentare „Moment mal“ im Bayerwald-Boten, Regen, für die Serie „Weltstadtfeste“ der Berliner Zeitung, für die Serie „Ämter der Stadt“ der Lokalredaktion der Erlanger Nachrichten, für die Serie „Unter Kieler Dächern“ an die Volontäre der Kieler Nachrichten und für Jürgen Haars Serie in der Sindelfinger Zeitung/Böblinger Zeitung zur Fastenaktion: „7 Wochen ohne“.

Offensive Teilzeitarbeit

Die Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg haben mit einem eigenen Beitrag die „Offensive des Bundeskanzlers für mehr Teilzeitarbeit“ unterstützt.

In einer Telefonaktion diskutierten sie am 12. April mit den Bürgerinnen und Bürgern über Wege zu mehr Teilzeitarbeit in der Region Neckar-Alb.

Helmut Kohl hatte die Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen in allen Bereichen der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung gefordert. Die erhebliche Ausweitung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen bezeichnete er dabei als eine besonders große Chance zum Abbau von Arbeitslosigkeit.

Telefonaktion mit Anton Pfeifer in Baden-Württemberg

Wie der Bundestagsabgeordnete Anton Pfeifer feststellte, sind allein im Arbeitsamtsbereich Reutlingen ca. 1.500 Personen gemeldet, die einen Teilzeitarbeitsplatz suchen. In anderen Industrieländern gibt es erheblich mehr Teilzeitarbeitsplätze als in Deutschland. Teilweise geht im benachbarten Ausland jeder dritte Berufstätige einer Teilzeitbeschäftigung nach, während bei uns nicht einmal jeder Sechste in Teilzeit arbeitet. Dieses unausgenutzte Nachfragepotential stellt ein beträchtliches Reservoir für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze dar.

Unterstützen Sie die Friedlandhilfe

Seit 1957 leistet die Friedlandhilfe e.V. humanitäre Hilfe für Aussiedler, wenn sie in Deutschland eintreffen: Unbürokratisch und schnell werden unsere Landsleute mit Kleidung, Schuhen, Hygieneartikeln und Spielzeug für die Kinder versorgt. Die Friedlandhilfe ist im Laufe der Jahrzehnte zu einem Begriff der inneren Verbundenheit mit den Aussiedlern geworden.

Die Friedlandhilfe ist ein gemeinnütziger Verein mit vorwiegend ehrenamtlichen Mitarbeitern, der die Hilfe für die Aussiedler über private Spenden organisiert. Leider wird es immer schwieriger, diese Arbeit fortzuführen, da breite Kreise der Bevölkerung nicht ausreichend über die Aussiedler informiert und daher die Spenden geringer geworden sind. Die Friedlandhilfe braucht eine verstärkte Unterstützung, da sonst die Hilfeleistungen in absehbarer Zeit eingestellt werden müssen.

Daher möchte ich Sie ganz herzlich bitten, dieser großartigen und unersetzlichen Arbeit Ihre Hilfe über Spenden zu gewähren. Lassen Sie uns Deutschen ein Zeichen für die Deutschen aus Osteuropa setzen, daß sie weiterhin in Deutschland willkommen sind. Helfen Sie mit, daß die Friedlandhilfe auch weiterhin die ersten Schritte unserer Landsleute in Deutschland tatkräftig begleiten kann.

Steuerabzugsfähige Spenden können auf folgende Konten eingezahlt werden:

- Postgiroamt Hannover
(BLZ 250 100 30) 1515-306
- Postgiroamt Köln
(BLZ 370 100 30) 1165-506
- Deutsche Bank Hannover
(BLZ 250 700 70) 385971
- Sparkasse Göttingen
(BLZ 260 500 01) 500033.

Entwurf einer Insolvenzordnung hat den Rechtsausschuß passiert

In seiner Sitzung am 13. April hat der Rechtsausschuß den Entwurf der Insolvenzordnung einstimmig verabschiedet.

Damit ist nach langen Beratungen zwischen den Berichterstattern der Fraktionen und nach erheblichen Änderungen des ursprünglichen Regierungsentwurfs der Weg frei für die Schlußabstimmung im Deutschen Bundestag über dieses wichtige Gesetz.

Insbesondere werden mit der neuen Insolvenzordnung Rahmenbedingungen für die Sanierung von sanierungsfähigen Unternehmen — und damit u. a. für die

Erhaltung von Arbeitsplätzen in schwierigen Zeiten — geschaffen. Gleichzeitig werden Regelungen für Verbraucherinsolvenzverfahren eingeführt, die hoffnungslos überschuldeten Privatpersonen einen Neuanfang ermöglichen.

Joachim Gres, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuß für die Insolvenzordnung: Jetzt ist es an den Bundesländern, im Bundesrat dem Gesetz zuzustimmen, damit die wirtschaftspolitisch und verbraucherpolitisch wichtige Insolvenzordnung in Kraft treten kann. ■

NEUERUNGEN UND NUTZEN FÜR UNS DEUTSCHE

Das bringt uns die Europäische Union



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

FAKTEN UND ARGUMENTE ZUR EUROPAPOLITIK

Europa in Stichworten



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

AKTIONSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI (EVP)



Wir gestalten das neue Europa



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

● Das bringt uns die Europäische Union. Neuerungen und Nutzen für uns Deutsche

Am 1. November 1993 ist die Europäische Union in Kraft getreten. Was bedeutet das überhaupt und insbesondere für uns Deutsche? Was bringt uns der Binnenmarkt? Welche Auswirkungen hat die Europäische Union auf die Asylpolitik? Die Antworten auf diese Fragen gibt Ihnen diese Broschüre anhand von überschaubaren Grafiken und informativen Texten.

Bestell-Nr. **5752**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 15,90 DM

● Europa in Stichworten. Fakten und Argumente zur Europapolitik

Wenn es um das Thema Europa geht, dann begegnen Sie oft vielen Vorurteilen, die meist in der ungenügenden Information der Bürger begründet sind. Doch das ist nicht verwunderlich angesichts der sehr komplexen Thematik „Europa“. Um dies den Bürgern nahe zu bringen, benötigen Sie detaillierte und sachliche Informationen, warum die CDU zu diesem Thema die treibende Kraft in Deutschland ist.

Bestell-Nr.: **5736**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 29,90 DM

5736 Europa in Stichworten

25 St.: 29,90 DM

5752 Das bringt uns die Europäische Union

25 St.: 15,90 DM

3792 Wir gestalten das neue Europa/EVP-Aktionsprogramm

25 St.: 24,— DM

5795 Beschäftigung sichern — Arbeitsplätze schaffen

25 St.: 19,— DM

5797 Das Versagen der SPD in den Ländern

25 St.: 24,— DM

5796 abgehakt (Bilanz einer erfolgreichen Politik)

50 St.: 22,50 DM

Jetzt im Versandzentrum

● **Das neue Grundsatzprogramm
„Freiheit in Verantwortung“**

Was lange währt, wird endlich gut. Nach einer langen, ausführlichen und sehr guten Diskussionsphase auf allen Ebenen der Partei, wurde das neue Grundsatzprogramm der CDU auf dem 5. Parteitag in Hamburg, vom 20. bis 23. Februar 1994, beschlossen. Dieses Programm, das die CDU auf dem Weg in das kommende Jahrtausend begleiten wird, zeigt, daß unsere Partei die veränderten Situationen, die politischen Umbrüche in Deutschland und in der Welt erkannt hat und diese Herausforderungen der kommenden Jahre annimmt.

ÄUSSERE SICHERHEIT



Nach über 45 Jahren sagen die sowjetischen Truppen Deutschland Lebewohl

**Frieden und
Sicherheit für
Deutschland**



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

**FREIHEIT IN
VERANTWORTUNG**



CDU

DAS GRUNDSATZPROGRAMM

Bestell-Nr.: **3818**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 30,— DM

Faltblätter (100 Expl. 19,— DM)

- 2798** Der deutsche Sozialstaat:
Eine Leistung der CDU
- 2799** Gesundheit sichern —
Eigenverantwortung fördern
- 2800** Frieden und Sicherheit
- 2801** Für ein starkes Deutschland
in einem starken Europa
- 2802** Generationen haben unseren Wohl-
stand aufgebaut. Wir sichern Ihren
Lebensabend.
- 2803** Neues Wachstum — Neue Arbeitsplätze
- 2804** Sichere Renten — heute und in Zukunft
- 2805** Wir packen's an:
Beschäftigung sichern —
neue Arbeitsplätze schaffen
- 2806** Mehr für Kinder — mehr für Familien
und Alleinerziehende
- 2826** Gefahr für unser Land. Was
Rot-Grün mit Deutschland vorhat
- 2837** Wir sind an Ihrer Seite. Informatio-
nen für Deutsche aus Osteuropa



● **Erkennungszeichen der Frauen-Union als Aufkleber**

Bestell-Nr.: 9081

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl. 15,— DM

● **Ohne Frauen ist kein Staat zu machen, Poster DIN A1**

Bestell-Nr.: 7333

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 36,— DM



Mit Grips ohne Schlips.



● **Mit Grips ohne Schlips, Poster DIN A1**

Bestell-Nr.: 7722

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 16,— DM

● **Notizbuch „Mit Grips ohne Schlips“**

Bestell-Nr.: 9807

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 36,— DM

● **Satzung der Frauen-Union**

Bestell-Nr.: 6613

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 11,70 DM

● **Aufkleber: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen**

Bestell-Nr.: 9249

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 15,— DM

● **Beitrittserklärung der Frauen-Union**

Bestell-Nr.: 6425

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: kostenlos

● **Wir kriegen nichts geschenkt ...**

lautet der Titel des neuesten Faltblattes der Frauen-Union. Und damit das nicht so bleibt, ist dies das erste Falblatt mit dem Sie etwas anfangen können. Denn es ist Falblatt und Geschenkpapier zugleich. Auf der Vorderseite ist es mit einem pep-pigen Muster in der Farbe des FU-Signets bedruckt, und auf der Rückseite finden Sie interessante Informationen über den Weg zur Gleichberechtigung der Frau in diesem Jahrhundert sowie die aktuellen Perspektiven der Frauen-Union.

Größe: 67 x 46 cm

Bestell-Nr.: **2812**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 20,— DM



● **Fahrradschlüssel „Strickliesels Töchter“**

Frauen von heute können nicht nur mit der Strickliesel umgehen, sondern auch Reparaturen am Fahrrad erledigen. Auf der Rückseite des abgebildeten Karton-Anhängers finden Sie weitere Informationen der Frauen-Union.

Bestell-Nr.: **9808**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 25,— DM



Wir kriegen nichts geschenkt.

← **DIESES GESCHENKPAPIER DÜRFEN SIE ALLERDINGS BEHALTEN**
 Endlich ein Falblatt, mit dem Sie etwas anfangen können.



Die gute alte Zeit. Fragt sich nur für wen.

Erst seit 1900 dürfen Frauen an deutschen Universitäten studieren.

Heute sind Mädchen zahlreicher an allgemeinbildenden Schulen gleich stark vertreten wie Jungen. Mädchen erzielten aber merklich bessere Schulleistungen und wählten bessere Durchschnittpunkte in den Abschlussklausuren auf. 51,0 % der Absolventen sind weiblich, jedoch nur 28,2 % der Hochschulabsolventen sind Frauen.



● **Pin „Politik weiblich“**

Bestell-Nr.: **9593**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 27,50 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (05423) 4 1521

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

FLUGBLATTVORLAGEN · INFOTEXT · MUSTER-PRESSERKLÄRUNG

Argumente für Europa



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

ARGUMENTE FÜR EUROPA. Als Unterstützung für die politische Arbeit vor Ort erhalten alle Landes-, Bezirks- und Kreisverbände in den nächsten Tagen diese Sammlung aus Flugblattvorlagen, Infotexten und Musterpresseerklärungen. — Zusätzliche Exemplare können, solange der Vorrat reicht, über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, Herrn Linden, Friedrich-Ebert-Allee 73, 53113 Bonn, Fax (0228) 544-482, bezogen werden. — Zu „Expertenbörse“ siehe Seite 7.

CDU IM GESPRÄCH

Experten- börse



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

UID

13/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.